

Sächsische Zeitung

Abend-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 216 Nr. 27

Bezugspreis: monatlich 1200.— mit Jahrsgebühren. Bestellungen nehmen überall Postämtern, Briefträger und anderen Anstalten entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentralk 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Druckereifont: Leipzig 20 512.

Halle-Saale
Mittwoch, 17. Januar 1923

Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breit mm-Grundschrift 20.— A. Die Spalte 30 mm breit mm-Grundschrift 200.— A. Rabatt nach Carl. Erstausgaben Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Am Kurpark 12. 6929
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Frankreichs Methoden

Bestechungsversuch Süddeutschlands — Liebeswerben um Arbeitergunst — Drohungen mit dem Kriegsgericht — Kein Entgegenkommen auf deutscher Seite

Frankreich sucht Süddeutschland zu bestechen

Frankfurt a. M., 17. Januar.
Nach Weibung der „Frankf. Ztg.“ teilte der baltische Arbeitsminister Engler in einer Versammlung in Freiburg mit, daß Frankreich verschiedene deutsche Länder, darunter auch Baden, bessere Kohlenlieferungen in Aussicht gestellt habe. Baden habe diese einseitige Bevorzugung aber ausgeschlossen, da sie den anderen Bundesstaaten zum Nachteil gereichen würde.

Gerichtliches Vorgehen gegen die Ruhrindustrie

Ein weiterer Bruch des Stillstandes.
Düsseldorf, 17. Januar.
Fris Schöller wurde gestern mittig von den Generalen des Bundesrats Düsseldorf geladen. Am Anfang des Generalen Deputats erklärte General Simon ihm und den mit ihm geladenen Herren Generalrathe Herken, Bergaßler Menge und Direktor Wäckerling, daß sie, wenn sie bei ihrer absehbaren Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Verfahren stehen würden. Sämtliche Herren erklärten auf Befragen, daß sie bei ihrem bisherigen Standpunkt verbleiben müßten.

Paris, 17. Januar.
Die Agentur Havas berichtet, haben gestern sechs der Besatzungsmitglieder aus dem Bezirk Offen die Requisitionen erhalten. Weitere Requisitionen sollen gestern abgehen. Die Grenzbehörden würden einzeln für die Lieferungen haftbar gemacht, das heißt, es werde ihnen mit dem Besatz von dem Militärgericht geahndet.
Jacques Rainville verlangt in der Action Française, daß die Herausforderungen der Berliner Regierung an Frankreich durch die Forderung von Geiseln unter den Industriellen und den oberen Beamten des besetzten Gebietes beantwortet würden. Dann werde Deutschland die Lage verstehen.

Der Wortlaut des ultimativen Befehls

Der Generalleutnant Inspector Cotte, Präsident der internationalen Kontrollkommission, teilt heute der Weltmacht, die ihm durch den Befehl vom 11. Januar von dem General Deputat erteilt worden ist, Herrn M. (folgt Name und Adresse) mit, daß er morgen früh, den 17. Januar ab, alle Aufträge auf Ruß und Kohle wieder aufzunehmen, welche aus Lieferungsverträgen für die Entente bestimmt sind, und zwar bereit, daß sie in Menge und Qualität zu ausgeführt werden, wie sie während der ersten acht Tage des Monats Januar 1923 erfolgt sind.
Die Mengen sind um 20 Prozent zu vermindern, die Erzeugung eines neuen Befehls, um die inoffiziellen eingetragenen Ausfälle zu decken. Die an die Entente zu liefernden Mengen sind vorzugsweise in vollem Umfang auszuführen bis zur vollen Beendigung der für das unbesetzte Gebiet vorgesehenen Lieferungen. Dieser Befehl erstreckt sich auf Lieferungen zu Wasser und zu Lande.

Ein französischer General betet um die Gunst deutscher Arbeiter

Offen, 16. Januar.
Nachdem gestern den Industriellen und dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf das Ultimatum, die Kohlenlieferungen an Frankreich wieder aufzunehmen, gestellt worden war, fand in Anwesenheit der Industriellen und des Regierungspräsidenten eine Besprechung mit den Arbeitnehmern durch die Besatzungsbehörde statt. Anwesend waren die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der freien Gewerkschaften und der Sächsisch-Sächsischen Gewerkschaften sowie die Unionisten.
Derouines verlas im Auftrage Deputats eine Erklärung, in deren ersten Absatz es heißt, er behaupte, feststellen zu müssen, daß die Industriellen die Lage noch zu verbessern suchten, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung so schwierig gestaltet sei. Bei diesen Worten ergriff sich Regierungsgewaltiger und erklärte, daß dieser Satz eine Verleumdung der deutschen Regierung enthalte, die es ihm unmöglich mache, den Verhandlungen weiter beizutreten. Er beschloß dann mit den Vertretern das Zimmer.
Die Erklärung an die Belgischen Delegationsmitglieder wurde zu Ende verlesen und jedem einzelnen Arbeitsgruppenvertreter über-

reicht, wobei General Simon betonte, daß die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der französischen Besatzungsbehörde in Düsseldorf stets die besten gewesen seien. Die Besatzungsbehörde habe stets alle Wünsche der Arbeiterchaft entgegen genommen und ihnen zu entsprechen verucht. General Simon forderte die Vertreter der Arbeiterchaft auf, sich bei ihren Gewerkschaften in Düsseldorf zu erkundigen, ob das nicht richtig sei. Er betonte, daß der Zustand der Freiheit der Arbeiter in Düsseldorf jetzt nicht zu vergleichen sei mit dem, den sie vorher gehabt hätten. Die Besatzungsarmee sei niemals ein Feind der arbeitenden Bevölkerung gewesen.
Darauf wurde die Sitzung für geschlossen erklärt. Die Arbeitervertreter waren empört, daß sie lediglich zur Entgegennahme eines Schriftstückes eingeladen und hierher gekommen waren und nun Zeit und Arbeit verschwenden mußten. Einmütig erklärten sie, aus einem solchen Anlaß können sie niemals wieder nach Düsseldorf.

Nach einer Blättermeldung aus Offen verfuhr gestern eine Kommission von französischen Offizieren die Roche Gölzer-Neud im Norden von Offen zu besichtigen. Der Vertreter erklärte hierauf, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niedrigeren würden; sie wollten nicht unter Waffen arbeiten. Die französischen Offiziere verzichteten darauf die Rede.

Für den Umfang des bisherigen französischen Aufgebots an Truppen ist bezeichnend, daß der Kommandierende General in Verden jedoch den deutschen Behörden die bevorstehende Anfunft eines Armeekorps-Kommandos im dreifachen Umfang seines Stabes angekündigt hat und daß er die Bereitstellung der notwendigen Unterlunftsräume in Verden verlangte.

Die Reichsregierung beschloß heute auch wie in den letzten Tagen auch gestern in einer Kabinetsitzung mit der augenblicklichen Lage. Das „N. Z.“ schreibt, daß sich die Reichsregierung auch bei einem etwaigen weiteren Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet von ihrer bisherigen festen Haltung nicht abbringen lassen und insbesondere unter dem Druck Frankreichs und Belgiens nicht mit diesen Staaten verhandeln werde.

Berlin, 17. Januar.
In der französischen Presse wird behauptet, die für die Ernennung der Ruhrbehörden zu erwartenden Besatzungsmittel würden nicht in Betracht kommen, sondern nur die deutschen Arbeiter getroffen werden. Demgegenüber ist festzustellen, daß Belgien Getreide und Mehlvorräte sowie Zucker auf Wochen in diesem Gebiet vorhanden sind. Die übrigen Lebensmittel sind frei und von der Regierung unbefehligt. Die Reichsregierung und das deutsche Volk haben alles getan und werden weiter alles tun, um die Ruhrbehörden zu ernähren.

Die Wälder melden, daß die Kohlenwirtschaftsstelle Berlin den Handel mit Steinkohle bis auf weiteres verboten hat. Die Abgabe von Steinkohle darf nur auf besondere Anweisung des Kohlenamtes Berlin erfolgen. Die vorhandenen Steinkohlvorräte sollen in erster Linie zur Versorgung der öffentlichen Betriebe, der städtischen Werke, der Krankenhäuser, der Volkshochschulen usw. verwendet werden.

Protest der Zeitungsverleger

Würzburg, 17. Januar.
Der Ernst der Lage veranlaßte den geschäftsführenden Ausschuß des Vereins deutscher Zeitungsverleger, die Mitglieder des Vereins zu einer außerordentlichen Hauptversammlung auf den 14. Januar nach Würzburg aufzusammeln. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Dr. Brumhauer, Leipzig, der Entrüstung über den Abschluß von Frankreichs Abstand, Professor Wolff-Dresden folgende Rede: „Der Einfall der Franzosen und Belgier in das friedliche Deutschland bedeutet nicht nur den Bruch des Versailles-Vertrages, sondern die größte Verletzung des Völkerrechts und aller von den Kulturvölkern der Erde von alters her geheiligten Menschheitsrechte. Freier und mit größerem Mutismus ist noch kein Frankreich benagen worden, seit es eine Weltgeschichte gibt. Die deutsche Presse leidet mit ihren Brüdern im Rheinland und in Westfalen und wird nicht aufhören, das Gewissen der Völker wachzurufen gegen die brutale Gewalt und die Schandthaten, durch immer neue Schandzüge und brutale Verbrechen fortgesetzt werden.“
Einmütig wurde die Entschiedenheit angenommen.
Die Verhandlungen, in die der Verein dann eintrat, gaben ein erschütterndes Bild von den Notizen der Zeit und den besondern Sorgen der deutschen Presse.

Dollar: 18 200 nach 16 930

In der Macht der Soldateska.

Die Ausschreitungen der Besatzungstruppen im Rheinland.

Sehr zur rechten Stunde kommt eine Denkschrift, die der Reichsminister des Innern, Oster, auf eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Stahl und Genossen dem Reichstag übermittelt hat, jetzt im Druck heraus. Die Darstellung bekräftigt sich auf die schwersten Fälle, von den minderwertigen Fällen konnte bei ihrer übergroßen Anzahl nur eine kleinere Zahl mitgeteilt werden. Nicht erwähnt sind die zahlreichen Fälle von Befestigungen, denen die Frauenvoll ausgehört ist, von Arbeitsbeläften, soweit sie einen glimpflichen Ausgang genommen haben, sowie die vielen Fälle, in denen Deutsche durch Fahrlässigkeit von Besatzungsmännern zu Tode oder zu Schäden gekommen sind.

Die Mitteilungen beruhen ausnahmslos auf amtlichem Material, das einer wiederholten Nachprüfung unterzogen worden ist. Gleichwohl hat die Denkschrift nicht weniger denn dreihundert Fälle von Ausschreitungen zusammengestellt: 65 vorläufige Urteilungen, 65 Mißhandlungen und Ueberfälle sowie 170 Sittlichkeitsdelikte.

In vielen Ausschreitungen sind alle Kontingente beteiligt. Aber es ist, wenn man die niederdrückende und empörende Denkschrift durchliest, der lebhafteste Eindruck, den man gewinnt, daß Frankreich und Belgien bei weitem in der Zahl der Fälle wie in der Gemeinheit der Ausschreitungen vorankehren. Man muß hinzunehmen, daß in den einzelnen Fällen keineswegs immer nur ein Opfer gefallen ist, sondern das B. in Frankfurt a. M. bei dessen widerrechtlicher Besetzung durch die Franzosen ein Offizier ohne ersichtlichen Grund und ohne wiederholte Aufforderung an die kulturelle Menge, sich zu entfernen, Maßlosigkeitsverbrechen eröffnete ließ, durch das 8 Personen getötet, 21 zum Teil schwer verletzt wurden, Männer, Frauen und Kinder (ganz wie in Potsdam).

Und typisch ist, was diesem Falle hinzugefügt wird: „Aber das Ergebnis des französischen Ermittlungsverfahrens können Angaben nicht gemacht werden.“ So heißt es fast immer: „Aber eine Bestrafung des Täters ist nichts bekannt geworden.“ Oder: „Das belgische Kriegsgericht ist der Darstellung des Täters gefolgt und hat ihn freigesprochen.“ Oder: „Die Witwe des Ermordeten hat nach langen Verhandlungen eine Entschädigung von 3100 Franken erhalten.“

Am widrigsten und gemeinsten zugleich sind die Fälle, in denen farbige Franzosen sich der Kultur ihres neuen Vaterlandes würdig gezeigt haben. So ein Fall vom 18. April 1922 in den Stegburger Waldungen, wo sich vier farbige Soldaten an einen Trupp junger Leute vielerlei Geschlechts heranmachten, diese floßen und eine davon, eine Sechzehnjährige, hinfiel, so von den Farbigen eingeholt werden konnte, in ein Gebüsch geschleift und dort von ihnen der Reihe nach vergewaltigt wurde. Von den Tätern hat das Rächen später drei mit Bestimmtheit wiedererkannt, der Vorfall wird von neun Zeugnissen übereinstimmend bezeugt, die tatsächliche Unterdrückung am Tage nach der Tat hat die Angaben des Rächens vollauf bestätigt. Und nun:

„Eine Sühne der Tat ist trotzdem nicht erfolgt. Auf die Vorstellungen der deutschen Regierung ist von französischer Seite geantwortet worden, die Anzeige sei zu den Akten gelegt worden, weil sie von minderer Bedeutung sei; auch sei inzwischen zwei Zeit verstrichen, um eine erneute Unterdrückung anzustellen, die gewiß erfolglos sein würde.“

So geht es Fall um Fall, Seite um Seite in ermüdender Eintönigkeit, ein Schmachtdokument hinter dem anderen. Ein zugleich niederdrückendes und empörendes Material. Wir müßten hoffen, daß es von der Reichsregierung endlich angemessen verwertet werden wird. Die Franzosen haben die Welt mit Mißhandlungen der Schandthaten ihrer Soldaten angefüllt, und es hat deutsche Bedientenmengen gegeben, die ihnen darin beizugehen sind. Sie hat man am liebsten, wiederholt nachgeworfenes Material. Wir können uns keine wirksamere Waffe in unserem Kampfe für die Befreiung des Rheinlandes denken als eine kurze Zusammenfassung der französischen und der belgischen Schandthaten, die im Auslande, vor allem dem Englischen und Spanisch sprechenden, zu verbreiten wäre. Die Katastrophen führen eine lazaräre Sprache, man muß sie nur um den Erdball kaffen lassen.

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halle'schen Zeitung“

Devisen-Vorkurse

Table with columns: Bank, Diskont, and exchange rates for various locations like Amsterdam-Rotterdam, Brüssel, London, etc.

Handel und Verkehr
Handelsabkommen mit Spanien
Berlin, 16. Januar.

Am 14. d. M. ist ein vom 14. Januar bis einschließl. 18. Februar gültiges provisorisches Handelsabkommen unterzeichnet worden.

Verbrauchsmarktermarkt war auch in der verfloffenen Woche recht lebhaft.

Trauerkündigung und Erbschaftsteuer

Nach § 10 Nr. 2 des Erbschaftsteuergesetzes 1910 find außer dem vom Erblasser herrührenden Erben dem Nachlassvermögen auch abzugeben die Kosten der Bestattung des Erblassers einschließlich der Kosten der landbesitzlichen fruchtlosen und bürgerlichrechtlichen Zeischnenleistungen.

Neue Preise für Teeblätter und Milchblätter. Der Verband Deutscher Tee- und Milchblätter-Produzenten e. V. hat, wie der „Konfektionist“ erfährt, auf Grund seines Preisvertrages für die zweite Hälfte Januar folgende neue Preisauflage festgesetzt:

Geldmarkt und Banken

Folgen vergrößerter Zahlungen. Es kommt in neuester Zeit mehrfach vor, daß mit Rücksicht auf die steigende Selbstentwertung die plötzliche Eröffnung der Geldbesparisbüchsen Hin- und Herbewegungen im Geldmarkt herbeiführt.

Die preußische Vererbungsverwaltung als staatliche Aktiengesellschaft

Das preussische Staatsministerium hat demnachst einem Entwurf zustimmen, der den preussischen Vererbungsverwaltung in Aktiengesellschaft umzuwandeln.

Marktberichte

Dom-Zuckermarkt
Verkauf unter Magdeburger Mitwirkung: Nach dem nunmehr vorliegenden Nachrichten Schöningen nennt man für den Berichtsjahr 1922/23 mit einer Nettoleistung von 253.700 Zentner Zucker.

Handel und Verkehr

Handel und Verkehr
Handelsabkommen mit Spanien
Berlin, 16. Januar.

Geldmarkt und Banken

Folgen vergrößerter Zahlungen. Es kommt in neuester Zeit mehrfach vor, daß mit Rücksicht auf die steigende Selbstentwertung die plötzliche Eröffnung der Geldbesparisbüchsen Hin- und Herbewegungen im Geldmarkt herbeiführt.

Industrie

Eisenerz in Hamburg
Nach einer Mitteilung ist in das Hamburger Handelsregister eingetragen worden die Neugründung der Hugo Eisenerz e. m. b. H. zum Sitz der Gesellschaft Hamburg bestimmt.

Textilwörter

Textilwörter
Garn- und Stoffpreise
Die Garnpreise in Berlin sind nach den Meldungen der Textilindustrie für den ersten Quartal 1923 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um etwa 15% gestiegen.

Textilwörter

Textilwörter
Garn- und Stoffpreise
Die Garnpreise in Berlin sind nach den Meldungen der Textilindustrie für den ersten Quartal 1923 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um etwa 15% gestiegen.

Berliner Börse vom 17. Januar 1923. Amtliche Mittagskurse.

Large table of market prices including Deutsche Renten, Chemische Werte, Eisenbahn-Aktien, Textilwörter, Papier- und Zellstoff-Werte, Sprit-Aktien, and various other financial instruments.

